

chen Seche.
he Bollverein,
xplosion, durch
einer der Ver-
unden bereits
außer Lebens-
es Cafes und
los aufgeklärt.
valtschaft und

aus handelt es
gen, die Auf-
Biebergabe dr

Belpolitik: Dr.
thel. Zuschriften
28. Für Geld-
aufwärts" Christ.
3911/3916, Amt
Bethel.

mt die Kinder-
Magdeburg-
en auf.

e Veranlagung.
Mindestens gute

durch Prospekt.

te August
äulein

Besellschaft einer
me. Für grobe
hilfe vorhanden.
ehaltensprüchen

Reins Ww.
er (Dorfriesland)

ochter

sonnigen Haus-
Arbeit mit der
ht, schlicht um
ung in Klavier,
mußt kostenlos.
oder 1. August.
geb. 1200 Cinn.

Jennigs,
Sr. Siegen.

W. Goggenföhrer
durch Kaiser-
im Geschmack, sehr
eugen Sie sich durch
r. In grüner Original-
lose, in den meisten
Rozette gratis.
Bielefeld. (4-47)

UF
SS

ksichtslos
ich sofort

5000
2500
von 1500
an
von 950
an
von 690
an
von 475
an
von 390
an
von 50
an
von 150
an
von 95
an

te

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.35 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Für
Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der
Eingelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 877.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einpaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 877.

Nr. 164.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 16. Juli 1930.

12. Jahrgang.

Nicht allen ist zu schaffen vergönnt. Wirken aber kann
ein jeder. Ender-Dig.

Ein Friedenssonntag.

Der Weltbund für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen wird, wie wir hören, demnächst dafür eintreten, daß in allen evangelischen Kirchen der Welt ein besonderer Friedenssonntag eingerichtet wird. Dieser Plan wird zunächst vielfach mindestens kühl aufgenommen werden. Es wird heißen, sollen nun auch die Kirchen zum Vorspann für einen Pazifismus dienen, der mit Vernunftgründen, welche die graufigen Schrecken des Krieges vor Augen malen, meint, sich über die furchtbare Macht der Selbstsucht, welche die Ursache der Kriege ist, hinwegtäuschen zu können? Soll etwa gar der Gewaltfrieden von Versailles geheiligt werden? Soll über all die durch Raub und Gewalttat geschaffenen Zustände, unter denen die Völker bluten (man denke an Indien oder an Afrika), ein Schleier gebreitet werden? Soll es heißen, was durch Unrecht und auch durch Kriege entstanden ist, das besteht nun einmal, von jetzt ab darf nicht mehr daran gerüttelt werden, damit Friede sei? Aber so ist es nicht gemeint. Das starke Argument, welches F. Siegmund Schulze in seiner Schrift „Ein Friedenssonntag“ (Leopold Klotz-Verlag, Gotha) für die Feier dieses Sonntages anführt, ist dies: Der Weltfriedenstag kommt, ob in der Form des Haager Tages oder des Waffenstillstandstages oder des Briand-Kellogg-Pakt-Tages oder des Völkerbundtages, — er kommt als ein weltlicher Feiertag, vielleicht mit einer Spitze gegen die allzu lange friedensfeindlich gebliebenen Kirchen, wenn die Kirchen nicht rechtzeitig von sich aus für den Friedensfeiertag sorgen.“ Gerade aber in der Einrichtung eines Weltfriedenstages liegt die oben genannte Gefahr verborgen. Hier könnten die kapitalistischen Interessen, die schwache Müdigkeit einer alternden Welt, die satte Behaglichkeit, die das Opfer scheut, wenn es gilt, das eigene Leben für die höchsten Güter einzusetzen, sich zusammenschließen und von einem Frieden reden, der kein Friede ist. Dabei würde dann die Einrichtung eines solchen Weltfriedenstages noch dazu wie eine Anklage gegen die Kirchen herauskommen, die durch das Evangelium, welches sie empfangen haben, wahrlich Grund und Stoff genug haben, mit ganzem Eifer für den Frieden einzutreten. Die Kirche kann die Verheißung nicht verleugnen, nach welcher die Völker ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen sollen, wonach kein Volk wider das andere ein Schwert aufheben und sie nicht mehr kriegen lernen werden (Micha 4, 3, vergleiche auch Jes. 11, 1—9). Sie nennt ihren König und Herrn den Friedefürsten, ja, den Frieden selbst (Eph. 2, 14). Man sei auch nicht so rasch mit der Anführung des Wortes: „Ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen auf Erden, sondern das Schwert“, als wenn es gar eine Heiligsprechung des Krieges bedeute, denn die Scheidung, von welcher der Herr sagt, daß sie um feinetwillen in den engsten Familienkreis hineintreten wird, kommt aus derselben göttlichen Bewegung hervor, die uns mit allen Menschen, welcher Rasse und welcher Farbe sie auch sind, verbindet. Der große Unterschied zwischen einem Weltfriedenstag und einem Friedenssonntag, in welchem sich die Kirchen für den Frieden einsetzen, ist der, daß einem Weltfriedenstag der Gedanke zugrundeliegt, als könnten die Menschen von sich aus den Frieden herstellen, daß aber eine rechte Verkündigung des Evangeliums nur für einen Frieden eintreten kann, der von Gott aus kommt. Von Gott aus, d. h. allen Haß und alle Mordlust, die sich mit dem Kriegsführen verbindet, als das hintertreiben, was sie ist, nämlich als teuflisch. Es heißt Christum verleugnen, wenn man dem Haß oder der Selbstsucht auch nur um ein Haar breit Recht zugesteht. Von Gott aus, d. h. auf die Verwandschaft hinweisen, die uns mit all denen in allen Völkern verbindet, die in Christo ihren Herrn sehen. Von Gott aus, das heißt, die drei ersten Bitten des „Vaterunsers“ in Wahrheit mit dem Blick auf alle Menschen sprechen. Von Gott aus, d. h. die mächtige Bewegung des Geistes Gottes erwarten und erbitten, welche allein die Selbstsucht des Menschen überwinden kann. So angesehen, wird in dem Friedenssonntag dem Verkündiger des Evangeliums eine Aufgabe gestellt, die gewaltig groß ist, die aber auch wohl imstande ist, durch den Blick auf den Herrn, welcher ist, und welcher kommt, das Herz zum Brennen zu bringen. Es ist klar, daß bei dieser Einstellung zu einem Frieden, der von Gott aus kommen soll, das Bekenntnis der Wahrheit

nicht zu schweigen braucht, ja, nicht schweigen darf. Es könnte, ja, es sollte also gerade an einem Friedenssonntag das gesagt werden, was den Frieden hindert. Solange z. B. die Kriegsschuldfrage auf uns drückt, werden wir immer selbst an einem Friedenssonntag unsere Stimme zu erheben haben, nicht im Ton der Entrüstung, aber im Tone des offenen Bekenntnisses und der Bitte zu Gott und an die, welche uns im gemeinsamen Glauben verbunden sind, daß diese Last von uns genommen wird. Finden wir aber selbst bei den Glaubensgenossen unter unseren ehemaligen Feinden noch wenig Verständnis, so mag dies zu einem doppelten Grunde werden, hier offen und deutlich zu sein. In einer anderen Frage, die auch zu dem Thema: „Kein Friede ohne Wahrheit“ gehört, nämlich in der Frage der Abrüstung, hat der Bischof von Ripon wenigstens ein deutliches Wort gesagt, welches Grund zu einer ehrlichen Friedenshoffnung gibt: „Ich hoffe insbesondere, daß man die moralische Frage ins Auge faßt, daß die Mächte, die feinerzeit Deutschland zur Abrüstung gezwungen haben, fortgesetzt sich weigern, für sich selbst die Entwaffnung zu beschließen, wie sie in den Verträgen von Versailles und Locarno von ihnen zugesagt worden ist. Nach allem, was wir im Kriege über die Heiligkeit der Verträge gesagt haben, ist hier unsere Ehre in doppeltem Maße auf dem Spiele.“

Es ist überraschend, in der genannten Schrift von Siegmund Schulze zu lesen, in wie vielen Ländern schon ein Friedenssonntag besteht. Dieser wird bis jetzt natürlich noch zu sehr verschiedenen Zeiten des Kirchenjahres in den verschiedenen Ländern gefeiert. Die Aufgabe des Weltbundes wird es demnach sein, einen bestimmten Sonntag vorzuschlagen, der dann für alle gilt, denn selbstverständlich hätte es einen großen Wert, wenn an demselben Tage in der ganzen Christenwelt der Sache des Friedens gedacht würde. Siegmund Schulze schlägt nach Erwägung der verschiedenen Möglichkeiten den 2. Advent vor. Er sagt dazu: „Der zweite Advent ist der rechte Friedenssonntag. Eine Herde und ein Hirte — wie wird dann dir sein, o Erde! Wenn der Tag erscheinen wird, freue dich, du kleine Herde!“ Das ist der Zusammenhang von Mission und Friede. Aber der zweite Advent trägt in sich selbst, in seiner historischen Stellung im Kirchenjahr, die stärksten Argumente dafür, daß er als Friedenssonntag gefeiert wird. Das alte Evangelium dieses Sonntags, das in aller Welt und in allen Kirchen verlesen wird, ist das vom Weltgericht (Luk. 21, 25—36). Es spricht von dem „Warten der Dinge, die kommen sollen auf Erden“. Aber auch „der Himmel Kräfte werden sich bewegen“. Und des Menschen Sohn wird kommen in großer Kraft und Herrlichkeit. „Wenn aber das anfängt zu geschehen, so sehet auf und erhebet eure Häupter, darum, daß sich eure Erlösung naht.“ Es folgt das Gleichnis vom Ausschlagen der Bäume, die Aufforderung, die Zeichen zu verstehen, daß das Reich Gottes nahe ist. — Ein besserer Text für den Friedenssonntag läßt sich nicht denken, nicht nur wegen der positiven Kräfte und Impulse, die darin enthalten sind, sondern auch, weil darin eine Sicherung liegt gegenüber den Gefahren idealistischer Lebensphilosophie und Reformerei, die sich nur allzu leicht mit dem Friedensgedanken verbinden. Weltgericht und Aufrichtung des Friedensreiches sind miteinander verbunden. Es ist keine leichte, alles Fleisch befriedigende Entwicklung, die man durch Optimismus beschleunigen könnte; sondern ein Weggehen von Katastrophen, die der Herrscher der Elemente bündigt; Fluch dem, der flucht, Gnade und Licht dem, der ihn liebt und sucht. Der Friedefürst ist nicht der große Liebling, aber auch nicht der große Einpeitscher der Menschheit, sondern der Erlöser.“

Diese Ausführungen sind sehr einleuchtend. Ob sie die allgemeine Zustimmung des Weltbundes finden, wird sich ja erst zeigen müssen. Eine Klage wird bestimmt erhoben werden, nämlich die, es sind schon so viele Sonntage für bestimmte Zwecke angelegt, daß es untunlich erscheint, nun wieder von den kostbaren Sonntagen des Kirchenjahres einen für solchen Sonderzweck auszusondern. Aber dieser Grund hält nicht stand, wenn man sich deutlich macht, daß eine rechte Verkündigung des Friedens das ganze Evangelium in sich schließt und daß die Gemeinde dadurch nicht etwa abgelenkt wird von ihren besonderen eigenen Aufgaben, denn Friede unter den Völkern hat zur Voraussetzung den Frieden im eigenen Volk und den Frieden im eigenen Herzen. Und diese Friedensgüter wiederum haben zur Voraussetzung Jesum Christum, der immer nur dann recht verkündet wird, wenn man seiner Person und seinem Tun eine Wirkung zutraut, die über alles menschliche Begreifen hinausgeht.

Brief aus Sachsen.

Demokratie und Gewissensfreiheit.

Dresden, den 8. Juli, 1930.

Man macht von Sachsen aus gegenwärtig große Anstrengungen, das Problem des Reichsschulgesetzes von neuem in Fluß zu bringen. Seit die früheren Verhandlungen in Berlin gescheitert sind, hat man in Mitteldeutschland nicht geruht, weitgehendes Material zu sammeln. Wenn man bedenkt, daß es im Freistaat Sachsen seit 1918 keine einzige evangelische Konfessionsschule mehr gibt (ausgenommen sind nur die wenigen katholischen Schulen, die mit Mühe erhalten werden konnten) und daß man sich sogar schon mit dem Gedanken befaßt hat, christliche Versuchsschulen zu gründen, nur um den Buchstaben des Gesetzes umgehen zu können, dann werden diese Bestrebungen das weiteste Interesse finden. Die Frage, ob eine Regelung von Reichs wegen in nächster Zeit möglich ist und — ganz allgemein genommen — allen natürlichen Vorbedingungen der Einzelländer gerecht werden kann, sei hier nicht erörtert. Daß aber der jetzt bestehende Zustand in einzelnen Ländern ganz unhaltbar geworden ist, dafür mögen die hier dargelegten Verhältnisse Sachsens, die von Tag zu Tag krasser werden, den besten Beweis liefern. In Sachsen wird eine an sich christlich gesinnte Mehrheit allen demokratischen Prinzipien zum Trotz auf's gröblichste vergewaltigt.

Man muß ein Dreifaches in Betracht ziehen, um den ganzen Widersinn der Verhältnisse zu begreifen: erstens den durch Beschluß einer politischen Mehrheit herbeigeführten Zustand der völligen Umwandlung der Konfessionsschulen in Gemeinschaftsschulen, zweitens die Ergebnisse der Elternratswahlen in den letzten Jahren und drittens die Anmeldebuchzahlen, die die Teilnahme der Kinder am Religionsunterricht in den Schulen zum Ausdruck bringen. Die Reichsverfassung bestimmte bekanntlich, daß in den deutschen Einzelländern die Schularten bis zum allgemeinen Erlaß eines Reichsschulgesetzes so weiter bestehen sollten, wie sie bei Inkrafttreten der Reichsverfassung bestanden. Es sollte damit der Zustand aus der Vorkriegszeit vorläufig beibehalten werden. Diese Vorschrift hat die sozialistisch-kommunistische Linke in Sachsen dadurch zunichte gemacht, daß sie bereits im Dezember 1918, also sofort nach der Revolution, die erwähnte Abschaffung sämtlicher Konfessionsschulen anordnete und die Verordnung noch schnell Mitte 1919 zum Gesetz erhob. Bei Inkrafttreten der Reichsverfassung bestanden also in Sachsen bereits die Gemeinschaftsschulen, die sächsische Linke hatte dem Reich den Rang abgelaufen.

Die große Härte des sächsischen Gesetzes erhellet am besten daraus, daß bis zur Revolution sämtliche Schulen Sachsens konfessionelle Schulen waren, also mit einem Schlage alles vernichtet wurde, was Generationen vorher befehen hatten. Dann aber auch aus der Tatsache, daß die politische Mehrheit, die diese Dinge sanktionierte, in Wirklichkeit nur sehr schwach war. Nachdem die erste große, revolutionäre Begeisterung, bei der die alte Schule zu Fall kam, verflogen war, erhielt bei der Wahl zum ersten sächsischen Landtag die Linke 49 Sitze und die Bürgerlichen 47. Also eine einzige Stimme über die Hälfte aller Stimmen vermag die ganze Kulturtradition eines Landes zu „modernisieren“. Das Schönste jedoch war, daß einige Zeit später, als die Bürgerlichen an die Regierung kamen, es nicht möglich war, das Gesetz gemäß einer neuen Mehrheit über den Haufen zu werfen und den alten Zustand wieder einzuführen. Das sächsische Schnellgesetz war nun seinerseits durch die Reichsverfassung geschützt. Die Kommunisten und Sozialisten hatten ihre helle Freude an dieser Entwicklung. Vielleicht aber wäre sowieso eine Abänderung des Gesetzes nicht möglich gewesen, weil die bürgerlichen Demokraten ebenfalls keine Konfessionsschule wollten. Da die Linke mit den Demokraten auch in Zukunft eine ganz knappe Mehrheit aufbrachten (auch mit einer einzigen Stimme schließlich), so schien also der Zustand doch noch rein „demokratisch“ gerechtfertigt. Erst im jetzt gewählten Landtag ist diese Mehrheit gebrochen, aber die Linke und Demokraten haben auch jetzt noch genau die Hälfte, also 48 Sitze von 96.

So sehen die Dinge aus, wenn man sie vom rein politischen Mehrheitsstandpunkt aus betrachtet. Ein Abgeordneter gibt unter Umständen die Entscheidung darüber, ob die ganze andere Hälfte des Volkes, die der entgegengelegten politischen Richtung angehört, seine Richtung doch mitmache, und zwar nicht in politischer Beziehung allein, sondern in der ganzen antireligiösen Einstellung. Die berühmte Gewissensfreiheit in Religions- und Erziehungsfragen wird hier von der Politik einfach

Wilm.

ermüdet. Diese Vergewaltigung aber wird noch viel größer, wenn man erfährt, daß die erwähnte politische Mehrheit nicht einmal im geringsten den Willen ihrer eigenen politischen Wählerschaft in religiösen Fragen zum Ausdruck bringt. Wenn man nämlich den Führern des "Kriegsmus glauben wollte, so gäbe es auch in Wirklichkeit mindestens 51 Prozent vollkommene Atheisten in Sachsen. Die sächsischen Sozialdemokraten sowohl wie die Kommunisten sind schärfste Bekämpfer jedes Christentums, in dieser Beziehung gibt es für sie keine Toleranz und keine Ausnahme. Wer ihre Presse verfolgt, erlebt Dinge, die er einfach nicht für möglich hält, eine Flut von Haß und Verächtlichmachung wird ständig über alles Konfessionelle ausgegossen. Und trotzdem: die Rechnung mit den 51 Prozent Atheisten, die doch eigentlich vorhanden sein müßten, wenn die oben erwähnte, politische Vertretung auch wirklich den Willen der Volksmehrheit zum Ausdruck bringen will, ist nichts anderes als Irreführung. Wodurch wird das bewiesen? Durch die Elternratswahlen und die Anmeldezahlen für den Religionsunterricht.

Ein sehr lehrreiches Material steht hier zur Verfügung. Bei den Elternratswahlen für die Schulen, die jährlich vorgenommen werden, treten zwei Parteien in Erscheinung. Die einen propagieren für die christliche Schule, die anderen für die weltliche oder Gemeinschaftsschule. Würden nun nach dem Ergebnis dieser Wahlen die Schulen auch wirklich in die entsprechenden Arten umgewandelt, so ergäbe sich für die Großstädte folgendes Bild. Es gäbe z. B. in Dresden, wo jetzt alle Schulen weltlich oder Gemeinschaftsschulen sind, dann höchstens 31 weltliche oder Gemeinschaftsschulen, während diesen 46 christliche gegenüberstünden. In Leipzig und Chemnitz liegen die Dinge ähnlich. Von Jahr zu Jahr ist die Wählerschaft für die christliche Schule gestiegen, und je größer die Anstrengungen von links wurden, diese Entwicklung aufzuhalten, um so stetiger setzte sie sich fort. Wenn aber schon die Großstädte solche Verhältnisse aufweisen, so liegen, abgesehen von Ausnahmen, die Zustände in den Kleinstädten und auf dem Lande nicht weniger günstig. Die Christlichen haben mit circa 60 Prozent das absolute Übergewicht. Und für diese 60 Prozent steht seit 1918 im ganzen Lande keine konfessionelle Schule zur Verfügung. Doch das Bild wird noch viel interessanter. Bei den Elternratswahlen wählen viele Eltern überhaupt nicht, weil sie ungenügend aufgeklärt sind und den Zweck der Wahlen nicht erfassen. Diese Nichtwähler stehen fast ausnahmslos auf christlicher Seite, denn die Sozialdemokraten und Kommunisten holen ihre Wähler schon an die Urne heran. Von diesen wiederum wählt ein sehr großer Prozentsatz nach rein politischen Gesichtspunkten, weil die Linke schlaue genug ist, die Agitation so aufzubauen, daß viele Arbeiter meinen, es ginge um rein politische Dinge. Völlig einwandfrei kommt daher auch hierbei die wahre innere Gesinnung der Eltern noch nicht zum Ausdruck. In Wahrheit ist die Tendenz der Eltern auf christliche Schulen noch in weit stärkerem Maße vorhanden. Das geht am vollkommensten aus den Anmeldezahlen zum Religionsunterricht hervor. Wenngleich auch hier noch die politische Linksagitation eine recht große Rolle spielt, und vor allem die Freidenkerorganisationen im Auftrage der Sozialdemokratie alles daran setzen, die Eltern zu beeinflussen, so steigen die Zahlen zugunsten der christlichen Schule doch nun ganz gewaltig. In den drei sächsischen Großstädten, die der Freidenkerpropaganda ganz besonders ausgesetzt sind, ergibt sich folgendes Bild: In Dresden werden rund 85 Prozent aller Schulanfänger für den Religionsunterricht angemeldet, in Leipzig rund 72 und in Chemnitz, der Hochburg des Sozialismus, fast 89 Prozent. Mit anderen Worten: in allen drei Städten zusammen wollen die Eltern für rund 15 000 Schüler den Religionsunterricht.

Beispiele als Erziehungsmittel.

Von Sascha Helene Bechtel - Wiesbaden.

Einem feinsinnigen, erzieherisch begabten Menschen kann es nicht schwer fallen, Kindern kleine belehrende Geschichten zu erzählen. Überall kann er Anregungen zu solchen Erzählungen finden, ja, draußen in freier Flur blühen ihm Beispiele und Gleichnisse geradezu entgegen. Jede Blume spricht ihm die Worte zu einem Märchen vor, und auf jedem grünen Blatt steht ein solches geschrieben. Die lieben Mütter, jugendlichen Großmütter und guten Tanten brauchen diese kleinen Sinnegeschichten nur einfach abzulauschen und abzulesen.

Auch in den Straßen der Städte, in den Parkanlagen und Alleen ist vieles erzieherisch Verwendbare zu sehen und zu hören. Das geduldige Zugpferd, der Hund, der den Blinden führt, die Tauben auf dem Turm, der trillernde Fink auf dem Kastanienbaum, der Bettelbube, der lahme Streichhölzermann oder der wilde Löwe und die sanften weißen Lämmer im Schaufenster eines Spielwarengeschäfts — alle diese und andere Eindrücke, Begegnungen und Beschäftigungen können erzieherische Lehrbeispiele in uns "großen Leuten" wachrufen.

Diese vom Augenblick geborenen mündlichen Erzählungen müssen nicht formvollendet, nicht "druckreif" sein — sie müssen nur die kleinen Herzen erfassen und bewegen können.

Viele Lehrworte verwehen wie Spreu im Winde. Beispiele aber bleiben im Gedächtnis haften. Das wissen wir Erwachsenen aus eigener Erfahrung. Von den Reden, Predigten und Vorträgen, die wir hören, können wir nach einer kleinen Weile meist nur die angeführten Beispiele in Worten wiedergeben, und die biblischen Gleichnisse sind unvergeßbar.

Ein geistiger Deutscher, treuer Patriot, erinnert sich noch heute eines Beispiels, das ihm, als er noch ein kleiner Knabe war, bei Gelegenheit eines Sommerpazier-

gionsunterricht und nur für knapp 3½ tausend Schüler die sogenannte Lebenskunde. Auf dem Lande ist dieses Verhältnis noch weit besser. Man kann für den ganzen Freistaat behaupten, daß zwischen 80 und 90 Prozent der Eltern eine ganz und gar christliche Erziehung ihrer Kinder wünschen. Erklärlich werden diese Zahlen nur dann, wenn man zugibt, daß auch der politisch verheßte Arbeiter sich die Grundrechte auf die Erziehung seiner Kinder nicht nehmen lassen will. Dadurch wird natürlich die Vergewaltigung, die eine offizielle Parteidoktrin an der Gesamtheit des Volkes vornimmt, um so krasser. Die innere Gesinnung des Menschen widerspricht durchaus den äußeren politischen Doktrinen. Wenn also die Schularbeit von den Eltern bestimmt würde, d. h. von denjenigen, die doch schließlich die Kinder haben, und nicht von denen, die unter Umständen überhaupt keine Kinder in die Schule schicken, so hätte Sachsen heute mit einem Schlage seine alten Konfessionsschulen wieder. Es ist wohl an der Zeit, daß man im übrigen Reich allerorts die Verhältnisse genau studiert. Wo das letzte Mittel liegt, wenn die Parteien im Kampf um die Konfessionsschulen verfehlten sollten, das zeigt das sächsische Beispiel deutlich genug. Es läßt vor Kompromissen in dieser wichtigen Frage warnen.

Zum Schluß einige Folgen der neuen Schularten in Sachsen. Vor dem Kriege genos Sachsen den Ruf, daß es die besten Schulen des Reiches habe. Die geistige Höhe des Landes wurde allgemein sehr anerkennend hervorgehoben. Heute ist durch die ständige politische Beeinflussung der Lehrer und des Unterrichtswesens ein weitgehender Rückschritt des Allgemeinniveaus zu verzeichnen. Ohne die skandalösen Zustände in den rein weltlichen Versuchsschulen, die in Sachsen nach der Revolution wie Pilze aus dem Boden schossen und dem Bürger ein Heibengeld gekostet haben, zur Charakterisierung heranzuziehen, muß man das feststellen. Die alten Leistungen werden in der Gesamtheit nicht mehr erreicht. Doch das Schlimmste ist die erschreckende Zunahme der Jugendverwahrlosung. Nach dem Urteil maßgebender Pädagogen ist diese Erscheinung in erster Linie auf den heutigen Charakter der Schulen zurückzuführen. In den meisten Fällen rächt sich die laze religiöse Erziehung erst nach der Zeit des Schulabganges. Da bereits 12 Jahre seit Einführung des neuen Systems verfloßen sind, so läßt sich diese Zeit heute schon ganz eindeutig übersehen. Am größten ist die Klage der Fortbildungsschullehrer, die ja die Volksschulentlassenen für die nächsten Jahre aufnehmen. Aber dann ist meistens nicht mehr viel zu retten, weil nun auch die marxistischen Parteien sich der Juden öffentlich bemächtigen und mit politischen Argumenten den Rest des religiösen Empfindens erstickten möchten. Man hat den menschlichen Werdegang schon ganz richtig in Betracht gezogen. Je einflussloser die Religion auf die Erziehung der Kinder ist (und beinahe einflusslos ist sie ja bei den 2 Wochenstunden in den Gemeinschaftsschulen), um so leichter ist nachher die Bearbeitung der Heranwachsenden von den marxistischen Parteien aus. Ohne Zweifel wird der Kampf der Eltern für die christliche Schule nunmehr vom Christlichen Volksdienst ganz und gar unterstützt werden.

27 Paneuropa-Antworten.

Die deutsche Note wird heute in Paris überreicht. — Berlin, 15. Juli.

Am heutigen Dienstag wird in Paris die Antwortnote der Reichsregierung auf Briands Denkschrift über den europäischen Staatenbund durch den deutschen Botschafter von Hoesch im französischen Außenministerium überreicht werden. Im Anschluß daran erfolgt in den Abendstunden die Veröffentlichung des Wortlauts der deutschen Note.

ganges die Mutter erzählte. „Diese bunten Blumen“, so hatte die Mutter gesagt, „lieben den Plag, auf dem sie geboren und aufgewachsen sind... und wenn du sie in die herrlichsten Gärten verpflanzen würdest: immer und immer würden sie sich nach ihrer Wiege sehnen. So sollen auch wir Menschen unsere Heimat lieben!“

Vor Jahren unterrichtete ich im Ausland einen kleinen Schüler im Deutschen. Der sechsjährige Junge war sehr begabt, aber schrecklich lernfaul. Er wollte immer nur von Deutschland erzählt haben. Nach vielen vergeblichen Versuchen, Lernerifer in dem Kinde zu erwecken, ließ ich endlich „Spektors Fabeln“, das altberühmte Buch, und andere Fabelbücher aus meiner Heimat kommen. Und siehe da! Die Fabeln mit den dazu gehörigen Illustrationen erweckten sofort das brennende Interesse des Jungen! Derselbe begann eifrig zu lernen, und nach verhältnismäßig kurzer Zeit konnte er bereits ein paar Verse auswendig herfragen. Wunderhübsch klangen die Verse in seiner fremdartigen Aussprache. Insbesondere die Worte: „Knabe, ich bitte dich, so sehr ich kann — o, rühre mein kleines Nest nicht an!“... sprach mein Schüler in geradezu flehenden Tönen... „Spektors Fabeln“ und die anderen Beispielbücher hatten den kleinen Faulpelz bezwungen.

Bei Spaziergängen schlich das Kind dann an jedem dichtbelebten Strauch vorsichtig vorüber, weil vielleicht „ein kleines Nest mit jungen Vögeln“ darin verborgen sein könnte. Die Vogelkinder sollten nicht erschrecken.

Ich habe in Gefängnissen mehrfach Erzählvorträge halten dürfen und hinterher erfuh ich jedesmal, daß gerade die erzählten Beispiele den Gefangenen besonderen Eindruck gemacht hatten. Ja, in einem mir übersandten rührenden Dankgedicht eines Gefangenen waren dieselben ausdrücklich erwähnt... Wieviel mehr muß ein unschuldiges Kind für Beispiele empfänglich sein!

Beim „Gemütsunterricht in der Kinderstube“, bei Spaziergängen mit unseren Kindern, Enkeln, kleinen Nefen, Nichten und sonstigen Schutzbefohlenen wollen wir

Insgesamt haben 27 Staaten Briands Denkschrift beantwortet. Gemeinsam ist allen Noten die Betonung der Bereitwilligkeit der Mächte, mitzumachen und im September in Genf die Frage der europäischen Zusammenarbeit zu studieren. Dann aber gehen die Wege auseinander. Die eine Gruppe, bei der Frankreich die Spitze bildet, will mit dem Paneuropapakt den Frieden durch die Garantie des Westens den erkaufen, eine andere Gruppe dagegen — und dazu gehört auch Deutschland — ist, um mit der österreichischen Note zu reden, der Auffassung, daß „noch politische Probleme erster Ordnung bestehen, die nach dem Grundsatz voller Mitglieder der europäischen Staaten- und Völkergemeinschaft gelöst werden müssen, ehe der Friede in Europa als gegen jede mögliche Anfechtung gesichert und garantiert betrachtet werden kann“.

Ausschlaggebend für das Schicksal des Briandschen Vorstoßes sind im übrigen nicht die Meinungen der Mehrheit der europäischen Regierungen, sondern die Stellungnahme Deutschlands, Italiens und Englands. Ohne die Mitwirkung dieser Mächte ist jeder weitere Versuch von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Was Deutschland im einzelnen in seiner Antwortnote ausgeführt hat, weiß man zur Stunde noch nicht. Daß aber auch in der deutschen Note die Vorbedingungen für eine europäische Zusammenarbeit klar herausgeschält sein dürften, ist anzunehmen. Die Regierungen der in Versailles unterlegenen Mächte müssen jede Gelegenheit ergreifen, um zu betonen — wir zitieren hier die litauische Antwortnote — „daß eine europäische Union unmöglich ist, solange zwischen ihren künftigen Mitgliedern die tiefen Gegensätze fortbestehen, die von noch nicht wiedergutmachten Handlungen herrühren“.

Studentenkommissionen mögen ihre Berechtigung haben und in mancher Hinsicht nützliche Arbeit leisten können, eines können sie nicht, sie können die europäische Atmosphäre nicht durch Resolutionen verbessern. Für diese Arbeit bedarf es einer realeren Grundlage, nämlich der Achtung der gegenseitigen Rechte und Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten des Nachbarvolkes.

Vielleicht mußte die Anregung zu einer europäischen Zusammenarbeit von Frankreich ausgehen, weil nur Frankreich den Weg freimachen konnte; aber dann hätte Frankreich nicht neue Sicherheiten fordern, vielmehr uns Sicherheiten anbieten müssen. Deutschland hat 1919 wertvollste Gebiete verloren, deren Verlust niemals verschmerzt werden kann, darüber hinaus wurde Deutschland entwaftet und seine Staatshoheit in vielen Punkten eingeschränkt. Frankreich dagegen hat in der gleichen Zeit seine Rüstungen von Jahr zu Jahr vervollkommen, Festungswerte gebaut und Militärverträge abgeschlossen, mit dem Ergebnis, daß die französischen Ausgaben für das Heer von 1929 zu 1930 um 750 Millionen Goldfranken gestiegen sind, also um einen Betrag, wie er Deutschland nur für seine gesamte Wehrmacht zur Verfügung steht! Insgesamt verwendet Frankreich heute 27 v. H. seines Staatshaushaltsplans für Rüstungszwecke, Deutschland dagegen etwa 6 v. H.

Selbst die Einführung der einjährigen Dienstzeit zum 1. Oktober bildet keinen Schritt vorwärts zur Abrüstung Frankreichs; ist diese Verminderung der Dienstzeit doch verbunden mit der Erhöhung der Kapitulanzahl auf 106 000, so daß also Frankreich nach dem 1. Oktober allein mehr langdienende Soldaten hat, als Deutschland überhaupt Militär.

Das sind einige Angaben, die dartun, wie sehr seit 1919 in Europa mit zweierlei Maß gemessen wurde, und die beliebig vermehrt werden können. Hier aber muß eingestrichelt werden, wenn Europa eine Einheit werden soll, denn das kann es nicht, wenn durch die Aufrechterhaltung der französischen Hegemonie immer wieder die Kluft zwischen den Staaten vertieft und das gegenseitige Mißtrauen erhöht wird.

Frankreichs Ministerpräsident Tardieu, der am Sonntag als Feldgrauer der Generalversammlung der ehemaligen Frontkämpfer des Loire-Gebietes beizuwohnte,

das Erzählen von edelsinnigen Beispielen nicht vergessen! Sie wirken weiter, sie bringen Segen.

Am die Marksburg.

Es gibt wohl viele herrliche Flecken am Rhein, aber mer einmal ein stilles Plätzchen sucht, von dem aus er sich an rheinischer Schönheit und rheinischem Leben mitfreuen kann, der sei auf das kleine Städtchen Braubach am rechten Rheinufer zwischen Lahnstein und St. Goarshausen hingewiesen. Ich habe, vom noch rauhen Hunsrück kommend, hier den Frühling erwarten und erleben dürfen. Jeder Tag brachte neue Bilder, neue Freude. Doch oben grüßt die ehrwürdige Marksburg, Zeuge grauer Vergangenheit, die einzige wirklich erhaltene Burg am Rhein. In ihren Gemächern und Kemenaten lebt ein Stück deutscher Geschichte und mittelalterlicher Herrlichkeit. Hier soll der unglückliche Kaiser Heinrich IV. Zuflucht gesucht haben vor dem eigenen Sohn. Unten im Städtchen winklige Gassen, versteckte Höfe, gieblige Häuser. Tag und Nacht aber rauscht der Rhein, wie er bei allen Kämpfen gerauscht hat, die je um ihn gekämpft worden sind. Täglich glänzt sein Wasser in neuem Licht, und wenn die Sonne im Westen untergeht, ziehen sich rot-goldene Streifen durch seine Fluten. Schnell kann man auf einem der flinken Motorboote oder auf den schönen Rheindampfern von dem kleinen Städtchen aus alles erreichen, was man zu sehen wünscht von des deutschen Stromes Herrlichkeit: Stolzenfels, Ehrenbreitstein, Kloster Bornhofen, St. Goar und die Loreley, Caub. Schnell ist man auch an der Lahn mit ihren Burgen und dem schönen Bad Ems. Unzählig sind die Wanderungen, die in stetem Wechsel durch Wälder, über Berge zurückgelegt werden können.

Diese Zeiten entpringen der Dankbarkeit gegen das liebe „Haus Friedrich“, das mir im Mai seine gastlichen Porten geöffnet hat und das mit dazu beitrug, daß mir jene Tage am Rhein unvergeßlich sind. Anderen wird es auch so gehen. P. H. B.

hielt bei der lange Jahre französischen nischen Frieden die das mit sind Gedanken vereinbaren den handelt stabilisieren, heißen: Schade die wert sind

Händ
„Der Weg
wieder

Im we
Ost- und W
gebung am
Gahl, der
Abstimmung
Begründungs
Bedeutung
die in den
dere den D
Ausführungs

„Am T
Abstimmung
Gegenwart
die Lehren z
Tage stolzer

Wenn m
lich, daß je
äußeren Um
daß jene Zei

des einzelner
heller aber
den Notwend
und des gan
Zeit schwerst
lischen Folge
wir mit Ern
kleinen ober
Wasserland u
unserer Pflich
uns rühmen
Wir wi
wir wollen.
ein deutsches

Und das
erhabener S
an eine groß
mitgeschaffen
von 1920 e
hen sittlicher
Sie sind le
leben! Wer
tuge Jermir
der wird ein
unserer Heim

Nach d
brachte Chel
Königsberg
so klang sei
im Bau de

Weichselland
worden, ohn
kommt. Des
herzens und
Weg zwische
über deutsches

Nach w
der Abstimme
stimmungsge
gelöbnis über
gebet die e
und Volksf
und städtisch
fangvereine.

Welchelland
worden, ohn
kommt. Des
herzens und
Weg zwische
über deutsches

Nach w
der Abstimme
stimmungsge
gelöbnis über
gebet die e
und Volksf
und städtisch
fangvereine.

Nach w
der Abstimme
stimmungsge
gelöbnis über
gebet die e
und Volksf
und städtisch
fangvereine.

Nach w
der Abstimme
stimmungsge
gelöbnis über
gebet die e
und Volksf
und städtisch
fangvereine.

Nach w
der Abstimme
stimmungsge
gelöbnis über
gebet die e
und Volksf
und städtisch
fangvereine.

Nach w
der Abstimme
stimmungsge
gelöbnis über
gebet die e
und Volksf
und städtisch
fangvereine.

Nach w
der Abstimme
stimmungsge
gelöbnis über
gebet die e
und Volksf
und städtisch
fangvereine.

Nach w
der Abstimme
stimmungsge
gelöbnis über
gebet die e
und Volksf
und städtisch
fangvereine.

Nach w
der Abstimme
stimmungsge
gelöbnis über
gebet die e
und Volksf
und städtisch
fangvereine.

Nach w
der Abstimme
stimmungsge
gelöbnis über
gebet die e
und Volksf
und städtisch
fangvereine.

Nach w
der Abstimme
stimmungsge
gelöbnis über
gebet die e
und Volksf
und städtisch
fangvereine.

Nach w
der Abstimme
stimmungsge
gelöbnis über
gebet die e
und Volksf
und städtisch
fangvereine.

Nach w
der Abstimme
stimmungsge
gelöbnis über
gebet die e
und Volksf
und städtisch
fangvereine.

Nach w
der Abstimme
stimmungsge
gelöbnis über
gebet die e
und Volksf
und städtisch
fangvereine.

Nach w
der Abstimme
stimmungsge
gelöbnis über
gebet die e
und Volksf
und städtisch
fangvereine.

Nach w
der Abstimme
stimmungsge
gelöbnis über
gebet die e
und Volksf
und städtisch
fangvereine.

Nach w
der Abstimme
stimmungsge
gelöbnis über
gebet die e
und Volksf
und städtisch
fangvereine.

hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, in der er „für lange Jahre hinaus“ die Aufgabe einer nationalen französischen Regierung dahin umriss, einen „organischen Frieden und eine Stabilität vorzubereiten, die das mit schweren Opfern Erreichte sichere“. Das sind Gedanken, die mit den Paneuropaplänen nicht zu vereinbaren sind. Denn wer den Fortschritt will, für den handelt es sich nicht darum, das Bestehende zu stabilisieren, sondern das Gebot der Stunde muß heißen: Schaffung gerechter Verhältnisse in Europa, die wert sind, stabilisiert zu werden.

Hände weg von Ostpreußen.

„Der Weg zwischen Ostpreußen und dem Reich muß wieder über deutschen Boden führen.“

— Allenstein, 15. Juli.

Im weiteren Verlauf der Abstimmungsfeiern in Ost- und Westpreußen fand in Allenstein eine Kundgebung am Abstimmungsvorabend statt. Freiherr von Gayl, der vor zehn Jahren als Reichskommissar die Abstimmung in Ostpreußen leitete, gedachte nach der Begrüßungsansprache des Schriftstellers Morgitz der Bedeutung des Abstimmungstages, schilderte die Not, die in den letzten Jahren Deutschland und insbesondere den Osten bedrückte und schloß dann mit den Ausführungen:

„Am Tage der 10. Wiederkehr jenes erfolgreichen Abstimmungstages geziemt uns für unsere leidvolle Gegenwart und die nächste, ebenso schwere Zukunft die Lehren zu begreifen und zu betätigen, die uns jene Tage stolzer Erhebung für alle Zeit gegeben haben.“

Wenn man in die Tiefe geht, dann zeigt sich deutlich, daß jener Erfolg nicht auf einer Summe von äußeren Umständen, sondern auf der Tatsache beruht, daß jene Zeit eine Zeit

aufopfernder Pflichterfüllung

des einzelnen gegenüber der Heimat und der Gesamtheit aller beteiligten Männer und Frauen, gegenüber den Notwendigkeiten der allgemeinen Lage der Heimat und des ganzen Volkes gewesen ist. Wir werden diese Zeit schwerster Not mit ihren wirtschaftlichen und seelischen Folgeerscheinungen nur dann überleben, wenn wir mit Ernst und Hingabe, jeder an seiner Stelle, im kleinen oder im größeren Wirkungsbereich gegenüber Vaterland und Heimat, unserer Familie und uns selbst unsere Pflicht tun, wie wir sie 1920 getan zu haben uns rühmen dürfen!

Wir wissen seit 1920, daß wir das können, wenn wir wollen. Um dieses Wollen geht es jetzt, wenn ein deutsches Ostpreußen leben soll und wir in ihm.

Und das soll dieser ersten Feierstunde tiefer und erhabener Sinn sein, daß wir uns aus dem Erinnern an eine große Vergangenheit, die wir selbst erlebt und mitgeschaffen haben, die Kraft nehmen, unser Wollen von 1920 erneut zu betätigen. Ich baue auf die großen sittlichen Kräfte, die in jener Zeit lebendig waren. Sie sind letzten Endes ausschlaggebend im Völkerverhalten! Wer es wagen würde, an Ostpreußens endgültige Zermürbung unter materiellem Druck zu glauben, der wird eine schwere Enttäuschung erfahren, wenn er unsere Heimat anzufassen wagt!

Nach dem Gesang des Deutschlandliedes überbrachte Oberpräsident Tiesler vom Landesfinanzamt Königsberg die Grüße der Regierung. „Ostpreußen“, so klang seine Rede aus, „ist ein tragender Pfeiler im Bau des Deutschlands, und das westpreußische

Weichsland ist das Fundament dieses Pfeilers geworden, ohne das er in die Gefahr des Wankens kommt. Deshalb müssen wir furchtlos und fester Herzens uns als Ziel und Hoffnung setzen, daß der Weg zwischen dem Reich und Ostpreußen wieder nur über deutschen Boden führt.“

Nach weiteren Ausführungen und nach Verlesung der Abstimmungsstimmzettel, die aus allen Kreisen des Abstimmungsbereiches bis nach den Niederländischen Danziger Gebieten überbracht wurden. Es folgten Sport- und Volksfeste der Turnervereine, Spiele der ländlichen und städtischen Tanzgruppen und Massenschöre der Gesangsvereine.

Kanzler-Erklärung im Reichstag

Die Regierungsparteien einig. — Einführung der Bürgersteuer. — Wird der Reichstag zustimmen?

— Berlin, 15. Juli.

Im Reichstag beginnt der Endkampf um die Steuerreform. Die hinter dem Kabinett Brüning stehenden Parteien haben sich dahin geeinigt, die Steuerreform in der vom Kabinett verabschiedeten Form wiederherzustellen und sie durch ein Gesetz über die Erhebung einer Bürgersteuer zu ergänzen. Eingeleitet werden wird die entscheidende zweite Lesung der Steuerreform durch eine Kanzler-Erklärung, in der die Regierung zum Ausdruck bringen will, daß sie auf die Zustimmung ihrer Vorlagen bestehen müsse und entschlossen sei, für den Fall, daß eine Mehrheit für diese Gesetze im Reichstag nicht zu erhoffen ist, die Steuerreform im Wege der Notverordnung in Kraft zu setzen.

Mit der Einführung der Regierungsparteien ist die Annahme der Steuerreform aber noch nicht gesichert, da dem Reichskabinett auch 93 noch Stimmen an der Mehrheit fehlen. Die Entscheidung liegt damit bei der Opposition. In der letzten Sitzung der Deutschen Nationalen Fraktion stellte der Vorsitzende Dr. Oberföhrer fest, daß die Fraktion an ihrer ablehnenden Stellung festhalte, auch entspreche die Bürgersteuer nicht dem, was sich die Deutschen Nationalen darunter vorstellen. Die Sozialdemokraten kündigten gleichfalls die entschiedene Bekämpfung der Steuerreform an; der Fraktionsvorsitzende hat bereits alle von Berlin abwesenden Abgeordneten zurückgerufen.

In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß, wenn die Oppositionsparteien im Plenum ihre Kampfanlage wiederholen werden, die Regierung so gleich erklären wird, sie lege auf eine Weiterberatung der Gesetze keinen Wert, werde sie vielmehr im Wege

der Notverordnung in Kraft setzen. Nach der Abstimmung könnte das Kabinett diese Erklärung, wenn es in der Minderheit geblieben ist, jedenfalls nicht mehr abgeben. Der Reichstag würde dann das Recht haben, von der Regierung die Wiederaufhebung der Notverordnung zu verlangen. Das Kabinett wiederum könnte sich dem mit der Auflösung des Reichstags widersetzen.

Das Bürgersteuer-Kompromiß.

wie es von den Regierungsparteien vereinbart wurde, enthält im wesentlichen folgende Bestimmungen:

§ 1.

Die Gemeinden sind berechtigt und in den Fällen des § 3 verpflichtet, von allen im Gemeindebezirk wohnenden Personen, die über 20 Jahre alt sind, eine Bürgersteuer zu erheben.

Die Steuer darf nicht erhoben werden von Personen, die seit einem Monat vor dem in Absatz (3) bezeichneten Stichtag laufend öffentliche Fürsorge auf Grund der Reichsverordnung über Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 genießen, und von Straßensicherungsgehilfen, deren Personenkreis noch näher bestimmt werden soll.

Der Reichsfinanzminister ist ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats weitere Personenkreise von der Steuerpflicht zu befreien. Maßgebend für die Steuerpflicht sind die Verhältnisse am 10. Oktober eines jeden Jahres.

§ 2.

Die Höhe der Bürgersteuer wird von den Ländern kraft eigener Rechts bestimmt. Als Landesbeitrag darf kein niedrigerer Betrag als 6 Mark für das Jahr bestimmt werden.

Der Landesbeitrag ermäßigt sich auf die Hälfte erstens für die Personen, die einkommensteuerefrei sind, zweitens für die Ehefrau. In diesem Falle beträgt er für die Ehegatten zusammen das 1/4 des für den Ehemann maßgebenden Betrages.

Eine anderweitige Staffelung ist ausgeschlossen.

§ 3.

Wenn für das Rechnungsjahr 1930 in einer Gemeinde die Gemeindegrundsteuer oder die Gemeindegewerbesteuer über den bis zum 1. Juli 1930 beschlossenen Satz erhöht wird, ist die Gemeinde verpflichtet, für dieses Rechnungsjahr die Bürgersteuer einzuführen.

Vom Rechnungsjahr 1931 ab bis zum Inkrafttreten des Grundsteuerrahmengesetzes und des Gewerbesteuerrahmengesetzes ist die Gemeinde verpflichtet, die Bürgersteuer einzuführen, wenn für die Gemeinde die Bürgersteuer oder die Gemeindegewerbesteuer der am 1. Juli 1930 beschlossene Satz den Landesdurchschnitt übersteigt.

§ 4.

Inwieweit im Rahmen der Gemeinde-Finanzierungsabstimmung eine Senkung der Realsteuern eintritt, wird durch ein besonderes Reichsgesetz bestimmt werden.

Durch ein besonderes Reichsgesetz wird ferner die Verteilung der Zuschläge zur Bürgersteuer mit der Höhe der Realsteuern für die Zeit nach dem Inkrafttreten des Grundsteuerrahmengesetzes und des Gewerbesteuerrahmengesetzes geregelt werden.

Zweite Lesung der Osthilfe.

Die Stellung der Parteien.

— Berlin, den 14. Juli 1930.

Im Mittelpunkt der heutigen Reichstagsitzung stand die zweite Lesung des Osthilfegesetzes. Zuvor hatte der Reichstag die Vorlage über die Auflösung des Reichsausschusses und einen deutsch-französischen Notenwechsel über den Wirtschaftsverkehr mit dem Saargebiet endgültig gebilligt.

Abg. Stelling (Soz.) führte aus, der Osten bedürfe der Hilfe, das vorliegende Gesetz sei aber auf die Landwirtschaft zugeschnitten, und stellte den Antrag, von den für die Landwirtschaft bereitgestellten Mitteln 15 Millionen für sonstige wirtschaftliche Zwecke abzugeben.

Abg. Dr. Meiner (Dnt.) erklärte, der Osten verlange nicht mehr, als eine teilweise Wiedergutmachung dessen, was ihm durch feindliche Eingriffe, durch Irrtümer und Unterlassungen der Nachkriegspolitik angetan worden sei. Systematisch richte Polen seine Hauptkraft auf die schwächsten Stellen Ostpreußens und Schlesiens. Hier sei Abwehr geboten, insbesondere müsse auch Oberschlesien vor der erlittenen Konkurrenz Polens geschützt werden. Die Rettung des Ostens sei die Voraussetzung für die Zukunft des Reiches.

Abg. Dr. Perltius (Hr.) begrüßte die Vorlage und stellte sich auf ihren Boden. Das Gebiet der Osthilfe dürfe nicht auf die unmittelbaren Grenzgebiete beschränkt werden. Man sollte auch die nördlichen niederschlesischen Gebiete nicht vergessen.

Abg. Martin (Soz.) verlangte energische Förderung der Anliegerleitung in Ostpreußen. Dabei müßten die verdrängten Landarbeiter in erster Linie berücksichtigt werden.

Abg. Freiherr von Rheinbaben (D. Bp.) bezeichnete die schnelle Durchführung der Osthilfe als dringend notwendig. Es komme auf die Behebung der Gesamtwirtschaft an, nicht auf eine einseitige Hilfe für die Landwirtschaft. Wer grundsätzlich jeden Handelsvertrag mit Polen bekämpft, der versperrt damit den Weg für eine dauernde Gesundung der ostdeutschen Wirtschaft. Formell besteht zwar kein Junction zwischen Osthilfe und Reichsanleihe, aber tatsächlich ist es doch vorhanden.

Abg. Goerke (Komm.) bezeichnete die Vorlage als eine Hilfsaktion für den Großgrundbesitz.

Die Beratung wurde hierauf unterbrochen, um die am Sonnabend zurückgestellten

Abstimmungen

nachzuholen. Das Gesetz über die Gültigkeit der Aufwertungshypotheken und das Gesetz über die Vereinfachung der Grundbücher wurden nach Ablehnung der Änderungsanträge in dritter Lesung endgültig angenommen. Der Antrag der Deutschen Nationalen auf Verschiebung der landwirtschaftlichen Tilgungshypotheken aus dem Gesetz wurde in namentlicher Abstimmung mit 246 gegen 149 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Angenommen wurde auch die Entschädigung, wonach die Forderung für die Aufwertungshypotheken nicht auf die Mieten abgemindert werden darf.

Es folgte die Abstimmung über das Gesetz über den endgültigen Reichswirtschaftsrat.

Abg. Gänse (Christl.-Nat. Bp.) und Abg. Götze (Nat.-Soz.) erklärten, daß ihre Parteien der Vorlage nicht zustimmen könnten.

In der namentlichen Schlussabstimmung wurden für die Vorlage 234, dagegen 162 Stimmen abgegeben bei zwei Enthaltungen. Gegen die Vorlage haben auch die Deutschnationalen gestimmt.

Präsident Ebert stellte fest, daß durch die Abstimmung die Erfordernisse für die Annahme eines Verfassungsändernden Gesetzes nicht erfüllt seien. Die Vorlage sei also abgelehnt.

Es folgte die dritte Beratung des Gesetzes über den Vermählungszwang für Inlandsweizen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Hineinnahme des Gewichtskontrollen in das Gesetz wurde in namentlicher Abstimmung mit 200 gegen 190 Stimmen angenommen. Alsdann wurde das ganze Gesetz im Sammelgung mit 208 gegen 146 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Das Haus vertagte sich auf morgen 3 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen in erster Linie die Deckungsvorlagen.

Demokratische Vorbehalte.

Zustimmung unter Vorbehalt.

Der Vorsitzende der demokratischen Reichstagsfraktion, Abg. Meyer, hat an den Reichskanzler Dr. Brüning ein Schreiben gerichtet, in dem mitgeteilt wird, daß die demokratische Fraktion beschloffen hat, die Regierungsvorlagen — sowohl die Sozialgesetz als auch die Deckungsvorlagen — sowie den Gesetzentwurf betr. Bürgerabgabe, letzteren in der verabschiedeten Form, als Initiativanträge einzubringen, sofern diese Anträge von allen in der Regierung vertretenen Fraktionen unterschrieben werden. Es heißt dann weiter:

Hierbei setzen wir selbstverständlich voraus, daß die auf unseren Wunsch vorgenommenen Änderungen hinsichtlich der Freilassung der Behördenangestellten von der Reichshilfe, soweit sie Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen, und hinsichtlich der Milderung der Tabaksteuerfristen aufrechterhalten werden, und daß es bei der Herauslösung der Privatangehörigen aus der Reichshilfe kein Bewenden behält.

An unsere Zustimmung knüpfen wir die Bedingung, daß an reinen Ausgaben neben den mindestens 100 Millionen Reichsmark für 1930 weitere 50 bis 100 Millionen Reichsmark im Haushaltsjahr 1931 eingepart werden.

Weiter wird ausgeführt, daß die Demokraten die jetzigen Vorlagen nur als Teilreform ansehen und erwarten, daß im Herbst eine durchgreifende Finanzreform vorgelegt werde, die auch eine Verwaltungsreform in sich schließt. Es wird dabei auch die Hoffnung ausgesprochen, daß dann die Bürgerabgabe durch eine gerechtere Besteuerung ersetzt werden könne.

Auflösung des Reichstags?

Ein Antrag der Wirtschaftspartei.

Die Wirtschaftspartei hat im Reichstage einen Antrag eingebracht, in dem die Reichsregierung aufgefordert wird, den Reichspräsidenten zu bitten, im Falle der Ablehnung der Deckungsvorlagen und der Vorlagen zur Revision des Erwerbslosen- und Krankenversicherung sowie der Ausgabenbesetzung den Reichstag aufzulösen.

Durch den Antrag soll verhindert werden, daß die Vorlagen auf Grund des Artikels 48 in Kraft gesetzt werden, ohne daß der Reichstag aufgelöst wird.

Am die Gehaltskürzung.

Arbeitgebergruppe Nordwest vom Arbeitsgericht abgewiesen.

Die Arbeitgebergruppe Nordwest hatte unter dem 1. Juli ihren Angestellten durch Rundschreiben mitgeteilt, daß die übertariflichen Einkommen gekürzt werden sollen. Gegen diese beabsichtigte Maßnahme hatte der Angestelltenrat Stellung genommen. Das Mülheimer Arbeitsgericht beschloß nun mit einem Urteile der Vereinigten Stahlwerke, in dem gefordert wurde, daß diese Maßnahme der Arbeitgebergruppe für rechtsgültig erklärt werde. Nach längerer Beratung wurde folgendes Urteil verkündet:

Der Antrag der Vereinigten Stahlwerke wird abgelehnt und an die nächsthöhere Berufungsinstanz — Landesarbeitsgericht Duisburg — überwiesen.

Täglich 44 Selbstmorde in Deutschland!

Nach den neuesten Zusammenstellungen des Statistischen Reichsamts waren im Deutschen Reich im Jahre 1928 insgesamt 16 036 Selbstmorde — also im Tagesdurchschnitt 44 — zu verzeichnen. Unter den Selbstmördern befanden sich 11 239 männliche und 4797 weibliche Personen. Die Zahl der weiblichen Selbstmörder hatte gegen das Vorjahr bedeutend — um 150 — zugenommen; die Zahl der männlichen Lebensmüden ging um 88 zurück. Die Motive für den Entschluß, aus dem Leben zu scheiden, waren nicht in allen Fällen zu klären. Neben schwerem seelischen Leid und unheilbaren körperlichen Gebrechen übten andere Momente wie Liebeskummer, verletztes Ehrgefühl, namentlich aber schwierige wirtschaftliche Verhältnisse und Arbeitslosigkeit einen starken Einfluß auf die Häufigkeit der Selbstmorde aus. Auf Preußen entfielen mit 9530 Selbstmördern mehr als 59,4 Prozent aller Fälle im Reich; an zweiter Stelle folgten Sachsen mit 1466 Selbstmördern. Abgesehen von Berlin, wo sich allein 1659 Selbstmorde ereigneten, war die Häufigkeit besonders groß in der Rheinprovinz (1363), in der Provinz Sachsen (1097) und in Niederschlesien (898).

Verlustreicher Gerstenexport.

Neuregelung der Brauersteine-Einfuhr.

Schöne.

Von ausländischer Seite wird mitgeteilt:

Nach den bisher gültigen Bestimmungen wurde für den Export von Gerste über 67 Kilogramm Hektolitergewicht (Brauersteine) ein Einfuhrschein im Werte von 9 Reichsmark je Doppelzentner erteilt. Da jedoch in diesem Jahre zum Teil auch Futtergerste, beson-

ders Wintergerste deutscher Herkunft dieses Gewicht erreicht, so hat ein Export von Wintergerste eingelegt, der wegen der außergewöhnlich niedrigen Auslandspreise volkswirtschaftlich verlustbringend und auch für die Landwirtschaft ohne praktischen Nutzen ist.

Daher ist durch eine gemeinsame Verordnung des Reichsfinanzministers und des Reichsernährungsministers die Erteilung von Einfuhrscheinen zum erhöhten Satz von 9 Reichsmark je Doppelzentner bis auf weiteres gesperrt worden. Es gilt künftig für Gerste aller Art ein Wert des Einfuhrscheines in Höhe von zwei Reichsmark je Doppelzentner.

Durch besondere Maßnahmen ist für die Aufrechterhaltung der in einzelnen Landesteilen Deutschlands, namentlich in Bayern, notwendigen Ausfuhr von Braugerste Sorge getragen.

Amerikanischer Flottenbesuch in Danzig.

Die beiden amerikanischen Küstenwachtschiffe „Menoth“ und „Champlain“ sind zu einem mehrtägigen Besuch in Danzig eingetroffen. Von Danzig gehen die Schiffe über Gdingen, Kopenhagen, Oslo und Glasgow nach den Vereinigten Staaten zurück.

Rampfeinstellung in Indien.

Verhandlungen mit Gandhi und Nehru. — Macdonald über die indische Frage.

Wie verlautet, hat eine Gruppe der gemäßigten Hindus den Abgeordneten Jayakar beauftragt, mit den in Haft befindlichen Führern des „Selbstzugs des bürgerlichen Ungehorsams“, Gandhi und Nehru, über die Einstellung des Kampfes zu verhandeln.

Der englische Ministerpräsident Macdonald, der sich in einer öffentlichen Rede mit der indischen Frage befaßte, führte dabei aus: „Männer, mit denen wir zusammen arbeiten möchten, sind verhaftet worden, weil sie Handlungen begangen haben, die sie, wenn sie selbst an der Spitze einer rein indischen Regierung beauftragt hätten, ebenfalls mit Verhaftung der Täter beantwortet hätten. Das Ganze ist traurig, überflüssig

Wirbelsturm in Korea.

— Tokio, 14. Juli. In Korea wütet ein heftiger Wirbelsturm, der besonders die Umgebung von Seoul heimgesucht hat. Mehrere Tausende von Familien sind obdachlos geworden.

110 Tote?

— Tokio, 15. Juli. Nach weiteren amtlichen Mitteilungen wird die Zahl der Opfer des Wirbelsturmes in Korea auf 110 geschätzt. Der Schiffsverkehr zwischen Japan und den chinesischen und japanischen Häfen ist eingestellt worden. Auch am südlichen Teil der Insel Sachalin herrscht starker Sturm, so daß die Schiffsverbindungen zwischen Sachalin und Japan seit drei Tagen unterbrochen ist.

und dumm. Männer, die Gouverneure von Staaten sein oder Verwaltungsposten innehaben werden, sollen in die Zukunft blicken und die Bedingungen begreifen, unter denen allein Entwicklung aus Verhandlungen möglich ist.“

Ägypten vor einer Revolution?

— London, 15. Juli.

„Daily Mail“ spricht die Befürchtung aus, daß Ägypten unmittelbar vor einer Revolution stehe. Der diplomatische Korrespondent des Blattes schreibt: „Führende ägyptische Nationalisten in London und Kairo sprechen ganz offen von der kommenden Revolution; sie erörtern die Möglichkeit der Ausrufung einer ägyptischen Republik mit Nubas Pascha als erstem Präsidenten oder die Möglichkeit einer Absetzung des Königs Fuad und die Ausrufung seines Sohnes, des zehnjährigen Prinzen Farouk, zum König. In diesem Falle würde die Regierung von einem natürlich aus Wafsch-Mitgliedern bestehenden Regimentsrat geleitet werden.“

Auch „Daily News and Chronicle“ befaßt sich in einem Leitartikel mit der Möglichkeit von Unruhen in

Ägypten und sagt, König Fuad habe anscheinend beschlossen, ohne Parlament zu regieren und so gut wie ganz Ägypten herauszufordern. Für den Fall ernstlicher Unruhen verlässe der König sich offenbar auf die Hilfe britischer Bataillone. Unter diesen Umständen habe die britische Regierung die Pflicht, dem König unverzüglich zu sagen, daß sie zwar Leben und Eigentum der Ausländer in Ägypten, nicht aber den König selbst vor den Folgen seiner verfassungswidrigen und herausfordernden Handlungsweise schützen werde.

Deutscher Lehrer verhaftet.

Beim Blaubeerenjucken an der polnischen Grenze. Wie verlautet, ist ein Lehrer namens Kirsch im Kreise Osterode beim Blaubeerenjucken wegen unerlaubten Ueberschreitens der Grenze durch die polnische Grenzpolizei festgenommen worden. Der Landrat des Kreises Osterode hat den Starosten telegraphisch um Freilassung des festgenommenen Lehrers ersucht.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer. Heute, Dienstag 8 1/2 Uhr Vorstandssitzung in Gosen. Vormerken: Sonntag, den 20. Juli feiert der Verein sein 28. Jahresfest.

— Die Sarepta-Apotheke schließt in Zukunft an den Sonnabenden um 2 Uhr nachmittags, erstmalig am 19. Juli.

Die Häuser werden gebeten, die Eindeckung mit Anzeilen so zu regeln, daß Sonnabends nur das Nötigste aufgeschrieben wird und die Verordnungsblätter rechtzeitig zur Apotheke geschickt werden.

Schriftleitung: B. Kraa, Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. F. Suttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schlegelstr. 28. Für Geldsendungen Postcheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3916, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Hospize und Heime

Christliches Erholungsheim „Wiel“, Bad Dornhausen, Westf. 15. Part., 1. und 2. Etg. 18 gut eingerichtete Zimmer, Nebenanbau, Kasse, Kasse des Kurorts und der Wälder. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Bad Sachsa. Mittelpunkt des Sudharzes. Christliches Erholungsheim „Friedrichsruh“, Februar bis November geöffnet. Zentralheizung, elektr. Licht, gute Verpflegung. Pensionen 4.50 Mk. bis 6.— Mk.

Bielefeld. Christl. Hospiz: Telef. 2391. Bahnhofstraße 30. Einzelzimmer 2.— 3.— Mk., Doppelzimmer 4.— 6.— Mk. Gute Speisen und Getränke. Auto-Unterstand.

Benediktshausen im Harz. Kurort. Tanne, Wald, Luft. 1. etg., 5. Min. vom Bahnhof. Pensionen 7.— an. Horststabs.

Berlin N. 24. Hotel Christl. Hospiz, 75 Zimmer, 120 Betten. Nähe der Bahnhöfe Friedrichstraße, Ebertplatz und Lehn. Untergrundbahn Darnitzburger Tor. Auguststraße 92. Telefon Nord 907.

Braunbrunn. Wälderholungsheim „Heide“, Bahnstation, Hausbruch, Harburg a. d. E. Eigentum des Harz. N. u. J. Bundes. Hauswahl: Diat. Kessel.

Münster. Ostmarkt. Fährplatz. Alkoholfreie Getränke zur Krone. Kalte und warme Speisen und Getränke zu jeder Tageszeit.

Nordseebad Norddehn. Im Christl. Erholungsheim „Haus Meereslust“ sind Gäste jederzeit herzlich willkommen. Ruhige Lage. Beste Verpflegung. Pensionen 3.— bis 5.— Mk. Tag- und Nacht. Preisermäßigung. Prospekt auf Anforderung durch die Hausleitung.

Erholungsheim d. Esg. Diakonieverbands (Mitglied des Verbandes Christlicher Hospize) 1. Teilung in Teilung. „Haus Veronika“ in schöner Lage am Darnitzberg im Laubgrund. Tagespreis 3.— bis 5.50 Mk. 2. Teilung: „Haus Wilhelmshöhe“ (Margaritenhaus), Lindenstraße 13, wunderbare, windgeschützte, staubfreie und sonnenreiche Lage a. Habichtswald. Vollerhalt, gute Verpflegung. Tagespreis 7.50 bis 9.50 Mk. Doppelzimmer ermäßigt. In beiden Häusern Preise einzeln. Nebenkosten, auch reichl. Verpflegung, elektr. Licht und Warmwasserheizung. Annehmende Kranke, ausgeglichene Sommer- und Winter. Prospekt auf Anfrage an die betreffenden Leitungen.

Freiburg i. Breisgau. Hotel zum Wälden (Christl. Hospiz), 3 Minuten links vom Bahnhof. Friedrichstr. 16.

Herrnsdorf (Wittg. Schwarzw.). Erholungsheim „Grüner Wald“ (Christl. Haus, Naturgemäße Einrichtung. Gute Verpflegung. Einrichtung für Bade- u. Kneipkuren. Man verlange Prospekt. Fernruf Nr. 24.

Christl. Erholungsheim Wäldchen. Vollerhalt im Riesengebirge. Allerbeste Lage, mit eigenem Garten und Berganlagen. 5 Minuten von der Endstation der Gebirgsbahn entfernt. Freundschaftliche Zimmer, gute Verpflegung. Preis 4.— 5.— Mk. Prospekt und nähere Auskünfte durch d. Heimleitung.

Nordsee. Kaiser Wilhelm Kurg bei Varne i. Holstein. Stilles Christl. Erholungsheim direkt am Meer. Beste Verpflegung, täglich frische Wild, das eigene Landwirtsch. Tagespreis je nach Zimmer 4.— 5.— Mk. Frau Agnes Bargmann, geb. Goebeling.

Braunlage (Oberharz) Haus Klavich 620 m hoch, 11. etg., Fremdenheim, sonnenreiche Lage, unmittelbar am Hochwald mit gut. Verpflegung. 1000 Zimmer, Kasse, Wasser, Bad. — Wert 1.75—2.50 Mk. Tag- und Nacht. Prospekt auf Anfrage an die Heimleitung.

Freiburg. Bad. Schwarzw. Erholungsheim finden schöne, ruhige, gelegene Zimmer, Kasse und Wasserfällen mit weitem Blick. Gut empfohlen. Näheres durch Fr. Kropinger.

Dortmund. Christl. Hospiz „Vereinshaus“, Wilhelmstr. 49, 9. Min. vom Hauptbahnhof, elektr. Licht, Zentralheizung. Freundschaftliche Zimmer. Preis 2.50 bis 3.— Mk. Fernruf 358.

Bad Godesberg a. Rh. Haus v. Below Christl. Familienpension. Auguststr. 76—77. Zimmer mit Pension von 6.— Mk. an. Das ganze Jahr geöffnet.

Hohegrotte bei Aue an der Sieg. Christl. Erholungsheim. Schöner Landschaftsstand bei gut. Verpflegung. Täglich Hausnachricht. 60 Zimmer mit 60 Betten.

Bad Homburg a. d. Höhe. Christl. Hospiz. Quellwasser, Kasse, Kasse, Kasse. Preisermäßigung. Prospekt auf Anfrage.

Haus „Balmos“, Erholungsheim der Deutschen Heimstätten bei Giesfeld. 1. Etg. (Strecke Sieger—Hagen). Einzige schöne Lage in einem stillen, umwäldeten Tale des Siegerlandes, abseits vom Lärm der Stadt und Staub der Straßen. Angenehmer Aufenthalt, gute bürgerliche Küche, 40 Betten, täglich Abendbrot. Prospekt liegen gern zu Densten.

Coblenz. Christl. Hospiz. Freie schöne Lage, 7. Min. v. Hauptbhf., Zentralheizung, elektr. Licht, Zentralheizung, 40 Zimmer, 50 Betten. Gute Küche, fr. Getränke.

Saffortort Kohlgrund in Walder. Vollerhalt, bietet angenehmen Aufenthalt in waldreicher, schöner Gegend. Gute Verpflegung (4 Mahlzeiten). Freundl. Schlaf- und Aufenthaltsräume. 15. etg., groß, sonnenreich, in herrlicher Lage. Garten mit Spiel- und Ruheplätzen. Preisermäßigung. Prospekt auf Anfrage.

Darlingerode b. Wernigerode/Harz. „Vollendung“. Christl. Erholungsheim. 1. Etg. (Strecke Sieger—Hagen). Einzige schöne Lage in einem stillen, umwäldeten Tale des Siegerlandes, abseits vom Lärm der Stadt und Staub der Straßen. Angenehmer Aufenthalt, gute bürgerliche Küche, 40 Betten, täglich Abendbrot. Prospekt liegen gern zu Densten.

Erholungsheim d. Esg. Diakonieverbands (Mitglied des Verbandes Christlicher Hospize) 1. Teilung in Teilung. „Haus Veronika“ in schöner Lage am Darnitzberg im Laubgrund. Tagespreis 3.— bis 5.50 Mk. 2. Teilung: „Haus Wilhelmshöhe“ (Margaritenhaus), Lindenstraße 13, wunderbare, windgeschützte, staubfreie und sonnenreiche Lage a. Habichtswald. Vollerhalt, gute Verpflegung. Tagespreis 7.50 bis 9.50 Mk. Doppelzimmer ermäßigt. In beiden Häusern Preise einzeln. Nebenkosten, auch reichl. Verpflegung, elektr. Licht und Warmwasserheizung. Annehmende Kranke, ausgeglichene Sommer- und Winter. Prospekt auf Anfrage an die betreffenden Leitungen.

Freiburg i. Breisgau. Hotel zum Wälden (Christl. Hospiz), 3 Minuten links vom Bahnhof. Friedrichstr. 16.

Herrnsdorf (Wittg. Schwarzw.). Erholungsheim „Grüner Wald“ (Christl. Haus, Naturgemäße Einrichtung. Gute Verpflegung. Einrichtung für Bade- u. Kneipkuren. Man verlange Prospekt. Fernruf Nr. 24.

Christl. Erholungsheim Wäldchen. Vollerhalt im Riesengebirge. Allerbeste Lage, mit eigenem Garten und Berganlagen. 5 Minuten von der Endstation der Gebirgsbahn entfernt. Freundschaftliche Zimmer, gute Verpflegung. Preis 4.— 5.— Mk. Prospekt und nähere Auskünfte durch d. Heimleitung.

Nordsee. Kaiser Wilhelm Kurg bei Varne i. Holstein. Stilles Christl. Erholungsheim direkt am Meer. Beste Verpflegung, täglich frische Wild, das eigene Landwirtsch. Tagespreis je nach Zimmer 4.— 5.— Mk. Frau Agnes Bargmann, geb. Goebeling.

Braunlage (Oberharz) Haus Klavich 620 m hoch, 11. etg., Fremdenheim, sonnenreiche Lage, unmittelbar am Hochwald mit gut. Verpflegung. 1000 Zimmer, Kasse, Wasser, Bad. — Wert 1.75—2.50 Mk. Tag- und Nacht. Prospekt auf Anfrage an die Heimleitung.

Freiburg. Bad. Schwarzw. Erholungsheim finden schöne, ruhige, gelegene Zimmer, Kasse und Wasserfällen mit weitem Blick. Gut empfohlen. Näheres durch Fr. Kropinger.

Hamburg. Christl. Hospiz. Wäldchen. 1. Etg. (Strecke Sieger—Hagen). Einzige schöne Lage in einem stillen, umwäldeten Tale des Siegerlandes, abseits vom Lärm der Stadt und Staub der Straßen. Angenehmer Aufenthalt, gute bürgerliche Küche, 40 Betten, täglich Abendbrot. Prospekt liegen gern zu Densten.

Bad Godesberg a. Rh. Haus v. Below Christl. Familienpension. Auguststr. 76—77. Zimmer mit Pension von 6.— Mk. an. Das ganze Jahr geöffnet.

Hohegrotte bei Aue an der Sieg. Christl. Erholungsheim. Schöner Landschaftsstand bei gut. Verpflegung. Täglich Hausnachricht. 60 Zimmer mit 60 Betten.

Bad Homburg a. d. Höhe. Christl. Hospiz. Quellwasser, Kasse, Kasse, Kasse. Preisermäßigung. Prospekt auf Anfrage.

Haus „Balmos“, Erholungsheim der Deutschen Heimstätten bei Giesfeld. 1. Etg. (Strecke Sieger—Hagen). Einzige schöne Lage in einem stillen, umwäldeten Tale des Siegerlandes, abseits vom Lärm der Stadt und Staub der Straßen. Angenehmer Aufenthalt, gute bürgerliche Küche, 40 Betten, täglich Abendbrot. Prospekt liegen gern zu Densten.

Coblenz. Christl. Hospiz. Freie schöne Lage, 7. Min. v. Hauptbhf., Zentralheizung, elektr. Licht, Zentralheizung, 40 Zimmer, 50 Betten. Gute Küche, fr. Getränke.

Saffortort Kohlgrund in Walder. Vollerhalt, bietet angenehmen Aufenthalt in waldreicher, schöner Gegend. Gute Verpflegung (4 Mahlzeiten). Freundl. Schlaf- und Aufenthaltsräume. 15. etg., groß, sonnenreich, in herrlicher Lage. Garten mit Spiel- und Ruheplätzen. Preisermäßigung. Prospekt auf Anfrage.

Darlingerode b. Wernigerode/Harz. „Vollendung“. Christl. Erholungsheim. 1. Etg. (Strecke Sieger—Hagen). Einzige schöne Lage in einem stillen, umwäldeten Tale des Siegerlandes, abseits vom Lärm der Stadt und Staub der Straßen. Angenehmer Aufenthalt, gute bürgerliche Küche, 40 Betten, täglich Abendbrot. Prospekt liegen gern zu Densten.

Erholungsheim d. Esg. Diakonieverbands (Mitglied des Verbandes Christlicher Hospize) 1. Teilung in Teilung. „Haus Veronika“ in schöner Lage am Darnitzberg im Laubgrund. Tagespreis 3.— bis 5.50 Mk. 2. Teilung: „Haus Wilhelmshöhe“ (Margaritenhaus), Lindenstraße 13, wunderbare, windgeschützte, staubfreie und sonnenreiche Lage a. Habichtswald. Vollerhalt, gute Verpflegung. Tagespreis 7.50 bis 9.50 Mk. Doppelzimmer ermäßigt. In beiden Häusern Preise einzeln. Nebenkosten, auch reichl. Verpflegung, elektr. Licht und Warmwasserheizung. Annehmende Kranke, ausgeglichene Sommer- und Winter. Prospekt auf Anfrage an die betreffenden Leitungen.

Freiburg i. Breisgau. Hotel zum Wälden (Christl. Hospiz), 3 Minuten links vom Bahnhof. Friedrichstr. 16.

Herrnsdorf (Wittg. Schwarzw.). Erholungsheim „Grüner Wald“ (Christl. Haus, Naturgemäße Einrichtung. Gute Verpflegung. Einrichtung für Bade- u. Kneipkuren. Man verlange Prospekt. Fernruf Nr. 24.

Christl. Erholungsheim Wäldchen. Vollerhalt im Riesengebirge. Allerbeste Lage, mit eigenem Garten und Berganlagen. 5 Minuten von der Endstation der Gebirgsbahn entfernt. Freundschaftliche Zimmer, gute Verpflegung. Preis 4.— 5.— Mk. Prospekt und nähere Auskünfte durch d. Heimleitung.

Nordsee. Kaiser Wilhelm Kurg bei Varne i. Holstein. Stilles Christl. Erholungsheim direkt am Meer. Beste Verpflegung, täglich frische Wild, das eigene Landwirtsch. Tagespreis je nach Zimmer 4.— 5.— Mk. Frau Agnes Bargmann, geb. Goebeling.

Braunlage (Oberharz) Haus Klavich 620 m hoch, 11. etg., Fremdenheim, sonnenreiche Lage, unmittelbar am Hochwald mit gut. Verpflegung. 1000 Zimmer, Kasse, Wasser, Bad. — Wert 1.75—2.50 Mk. Tag- und Nacht. Prospekt auf Anfrage an die Heimleitung.

Freiburg. Bad. Schwarzw. Erholungsheim finden schöne, ruhige, gelegene Zimmer, Kasse und Wasserfällen mit weitem Blick. Gut empfohlen. Näheres durch Fr. Kropinger.

Evangel. Frauenarbeits-Schule, Bamberg

mit Pensionat
Heiliger Straße 63

- a) Ausbildung im Nähen, Schneidern, Handarbeit;
- b) Gründliche hauswirtschaftliche Ausbildung;
- c) Wissenschaftliche Weiterbildung;
- d) Auf Wunsch kaufmännische Fächer, Musik, Sprachen.

Aufbaukurs

zur Ausbildung

von „Hausbeamtinnen“ mit staatlicher Abschlußprüfung
Semesterbeginn: Anfang September. Leitung durch Diakonissen.

Für die Einmachzeit



empfehlen wir unsere
bewährten
Einmach-Kannen
ebenso wie sämtliche
Geschirre
für Küche und Haushalt
aus bestem Aluminium.

Tiberias-Werke der Anstalt Bethel
Bethel bei Bielefeld.

Gärtner

ledig, 45 J., mit guten Zeugnissen, sucht Dauerstellung, bald oder zum 15. August in Christl. Privathaus oder Heim.
Pfarrhaus Buchholz, Kr. Harburg.

Existenz

ohne Kapital!
Sofort gesucht, unbedingt ehrliche, zuverlässige Damen und Herren zum Verkauf von Strumpfwaren an Privats. Ausführliche Angebote unter A 6817 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Gefucht, baldigst, christlicher junger Mann

nicht unter 16 Jahren, der auf größerem Hof lernen und leisten will. Angebote an Hofbesitzer
Hof Deimke Kr. Bremerörde

Kaufmann

(Witwer) 27 Jahre alt, Stellung für Kontor und Reise in einem Geschäft für Fabrikbedarf oder auch anderen Betrieb, bei gläub. Chef. Führerschein vorhanden. Angebote unter A 6842 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts“.

Ostseebad Ahlbeck.

Park-Hospiz
in vornehmer Ruhe in eigenem Waldgarten liegend, 2 Minuten vom Meer und der großen Promenade, hohe und luftige Zimmer, behagl. Gesellschaftsräume. Gewissenhafte Verpflegung bei mäßigen Preisen. Prospekt.

Ballenstedt-Harz

Christliches Erholungsheim Antoinettenstraße 29.
Ruhig, schön gelegen. Garten, Liegeplatz. Beste Verpflegung. Mäßige Preise. Prospekt kostenlos.

Echt westfälischen

Delikates - Pumpernickel

blutbildend, verdauungsfördernd, lange frischbleibend. Postpaket ca. 9 Pfd. RM 3.70 per Nachnahme. RM 3.50 bei Voreinsendung auf Postcheckkonto Hannover 45326.
Albert Tappe, Bielefeld, Theesenerstr. 18.

Anfertigung von Herrenwäsche

nach Maßangabe
(Aermellänge, Halsbreite, Länge)
Preis RM 6.— bis RM 12.—
Muster auf Wunsch.
Bestellungen nimmt entgegen

Franz Steinbring
Senne I 503, Post Brackwede

Ländliche

Sommerfrische

am Fuße des Teutoburgerwaldes. Beste Verpflegung. 4 RM pro Tag. Empfiehlt
Frau Wesselmann, Steinhagen i. W.

Vorzüglichen Erholungs- aufenthalt bietet das im Westerbirgland gelegene

Erholungsheim im Solling bei Dassel.

Gehr schöne Höhenlage inmitten herrlicher Laub- u. Nadelwälder. Licht, Luft und Sonnenbäder. Gelegenheit zur Stille unter dem Wort Gottes. Mäßige Preise. Prospekt kostenlos. Anfragen an Sekretär Friedrich Gramm.

Der Wert einer

Anzeige

wächst mit der Dauer ihres Erscheinens.